

Miteinander glauben in Düsseldorf – und in NRW

Der interreligiöse Dialog ist einer der Schlüssel für ein auf Dauer erfolgreiches Miteinander.

Glaube und Religion sind wesentliche Eckpfeiler der Gesellschaft und doch begegnen ihnen viele Menschen inzwischen reserviert. Aus einem falsch verstandenen Glauben werden Untaten mit unzähligen Opfern begangen. Weil sie in den Augen religiöser Fanatiker einem falschen Bekenntnis angehören, haben sich viele Geflüchtete auf den Weg nach Europa gemacht: „Schiiten, Sunniten, Christen verschiedener Konfessionen, Jesiden und viele andere mehr fliehen gerade deswegen vor Krieg und Terror, weil ihre Religion nicht akzeptiert, sondern bekämpft wird“, sagte Martin Pfafferott vom Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung während seiner Begrüßung zur Veranstaltung „Miteinander glauben in NRW/Düsseldorf“ und verurteilte Bestrebungen, die den Zuzug von Geflüchteten für eine Kampagne gegen den Islam zu nutzen versuchen. „Ihnen muss klar entgegengehalten werden: Musliminnen und Muslime, die hierher fliehen, sind häufig genug Opfer religiöser Verfolgung, so wie es eben zum Beispiel auch Christen sind. Ihr Leid für eigene politische Zwecke zu nutzen und vorgeblich ein Abendland zu verteidigen, das sie nicht vertreten, ist billig.“ Der Versuch, Bürger_innen über ihre Religionen gegeneinander auszuspielen, dürfe nicht zugelassen werden. Dass verschieden aber doch miteinander zu glauben zur Integration aller beitragen kann, wurde im Rahmen der Veranstaltung im Düsseldorfer Maxhaus deutlich. Vertreter jüdischer, muslimischer und christlicher Gemeinden sprachen mit Politiker_innen über das verbindende Element von Religionen und ihren Beitrag für das gesellschaftliche Zusammenleben – nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

„Die Kirchengemeinden haben ihre Türen – unter anderem zu den Kleiderkammern – geöffnet, die Menschen ihre Herzen“, blickte die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion, die Bundestagsabgeordnete Kerstin Griese, auf die Willkommenskultur der vergangenen



Monate zurück. Die Zuwanderung fordere die gesamte Gesellschaft heraus. „Ein Viertel derjenigen, die bisher zu uns gekommen sind, etwa sind Christen, zwei Drittel Muslime“, sagte sie. Diese Menschen seien in Kommunen angekommen, in denen es auf der einen Seite Vertreter_innen eines aufgeklärten Islams gebe, auf der anderen Seite aber auch diejenigen, die den Islam zur Rechtfertigung für Hass und Gewalt nutzen. „Das Grundgesetz fordert die Freiheit des Glaubens und gilt für alle, die in unserem Land leben“, erläuterte Griese. Zugleich verwies sie darauf, dass dies für Rechte und Pflichten in gleichem Maße zutrefte. Hetze gegen religiöse Minderheiten sei verboten. „Dem müssen wir Beispiele von gelingendem Miteinander entgegensetzen. Toleranz meint, dass Menschen zueinanderstehen“, sagte die Politikerin. Religion sei nur ein Faktor der aktuellen Integrationsdebatte, doch ein wichtiger.



Einen sehr erfolgreichen interreligiösen Dialog pflegen die Vertreter_innen verschiedener Glaubensrichtungen in Ratingen. 3.000 Teilnehmer_innen verschiedener Religionen demonstrieren in der Stadt im vorigen Jahr nach dem Attentat auf das französische Sati-remagazin Charlie Hebdo. „Dieser Friedensmarsch war ein Signal für ein gelungenes Miteinander“, blickte der Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Ratingen, Matthias Leithe,

zurück und ergänzte: „Und das in einer Zeit, in der wir erlebt haben, wie sich Menschen in ihrem Alltag für ihre Religion rechtfertigen mussten.“ Diese Erfahrung hat auch Merve Arik gemacht, die der DITIB-Gemeinde Ratingen angehört: „In der Schule wurde ich gefragt: Wie fühlst du dich, wenn deine Freunde da unten alles in die Luft sprengen?“ Doch die positiven und gemeinsamen Erlebnisse im Rahmen des interreligiösen Dialogs in Ratingen seien nicht nur häufiger, sondern etwas Besonderes. „Ganz selbstverständlich feiern wir alle gemeinsame Pfarrfeste oder das Fastenbrechen“, sagte Leithe. Auch in der Flüchtlingshilfe engagierten sich die Vertreter der verschiedenen Religionen gemeinsam. „Der Glaube zwingt uns zu gegenseitigem Respekt und dient als Integrationsmotor“, zeigte sich Arik überzeugt.

Jacques Abramowicz, Gemeinderat der jüdischen Gemeinde Düsseldorf, plädierte für interreligiösen Dialog bereits im Kindesalter. „Kindern sind Hautfarbe und Religion egal, das ist doch toll“, sagte er.



Wenn Menschen von ihrer Kindheit an jedoch in dem Glauben erzogen würden, dass Vertreter_innen anderer Religionen feindlich sind, könne man das dem Einzelnen nicht vorwerfen. Gegen Radikalisierungstendenzen müsse allerdings entschieden vorgegangen werden. „Die Radikalisierung von Jugendlichen erfolgt nicht in den Moscheegemeinden. Oft sind es finanzschwache oder arbeitslose junge Erwachsene, die irgendwelchen Rattenfängern nachlaufen“, machte der Vorstandsvorsitzende des Kreises der Düsseldorfer Muslime, Dr. Dalinc Dereköy, deutlich. Die 33 Moscheegemeinden in



Düsseldorf sind in einem Arbeitskreis zusammengeschlossen. „Gemeinsam und auch zusammen mit der jüdischen Gemeinde haben wir das Projekt ‚Klar im Kopf‘ auf den Weg gebracht, um Jugendliche vor jeglichem Extremismus zu immunisieren“, erklärte Dereköy. Wichtig sei ihm, dass nicht nur der radikale Islam als Gefahr gesehen werde, sondern, dass das Projekt auch Islamophobie entgegentritt.

Doch die Aversionen gegenüber Religionen beschränken sich nicht nur auf den Islam. Der Leiter des katholischen Büros Nordrhein-Westfalen, Dr. Antonius Hamers, betonte, dass selbst vor Anschlägen auf Pfarrhäuser nicht mehr abgesehen werde. Der integrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Ibrahim Yetim, erlebt eine Brutalisierung allein schon in der Sprache. „Ich glaube nicht, dass wir als Politiker die Übergriffe und radikalen Tendenzen komplett abschalten können“, sagte er, ohne vor anstehenden Aufgaben resignieren zu wollen. „In jeder Ethnie gibt es Menschen, für die offenbar bestimmte Regeln des friedlichen Zusammenlebens nicht gelten“, machte der Landtagsabgeordnete deutlich.

„Die evangelische Kirche in NRW hat zweieinhalb bis drei Millionen Euro für die Erstversorgung Geflüchteter in die Hand genommen. Doch für den zweiten Schritt hin zu gelungener Integration benötigen wir einen deutlich längeren Atem“, sagte Dr. Thomas Weckelmann, der Leiter des evangelischen Büros Nordrhein-Westfalen. Sein katholischer Amtskollege Hamers sieht die Kirchen dafür gut gerüstet. „Wir können auf große und professionelle Strukturen zurückgreifen und erreichen sehr viele Ehrenamtliche“, ergänzte er. Im gesellschaftspolitischen Engagement liege seiner Meinung nach auch eine Chance für die christlichen Gemeinden: „Wir als Kirchen zeigen über die Mithilfe, wofür wir stehen und sprechen so vermehrt auch viele derjenigen an, die sich uns in der Vergangenheit abgewandt haben.“



--

Textautor: Marcus Hammes, Journalistenbüro Köln

Redakteur: Martin Pfafferott, Landesbüro NRW der FES

Fotos: Gerhard P. Müller